

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestraße 2, Postscheckkonto Köln 36531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 94

Bonn, den 26. November 1952

VI. Jahrg.

Dr. Hermann Ehlers:

Gesamtdeutsche Realpolitik

Der Bundestagspräsident hat in einer großangelegten Rede in Berlin vor studentischen Kreisen mit einem historischen datenmäßig belegten Rückblick den Nachweis geführt, daß von Seiten der Bundesregierung und des Bundestages alles nur in menschlichem Vermögen Liegende getan wurde, um das gesamtdeutsche Anliegen des deutschen Volkes in der östlichen Blickrichtung zu fördern. Aus seiner Rede geben wir die nachstehenden Gedanken wieder:

Ich bitte, ein Verständnis dafür zu haben, daß wir in der Bundesregierung und im Bundestag so nüchtern sind, daß wir in der Frage der deutschen Einheit in keinem Augenblick die Deklamationen ernst nehmen, sondern nur die Tatsachen. Herr Dieckmann hat gemeint, von dem „politischen Club um Adenauer in Bonn“ sprechen zu können. In diesem Bonn hat der Bundestagspräsident jedenfalls die Freiheit, in einem konkreten und nicht unwichtigen Falle, wie dem der Volkskammerdelegation, seine eigene Meinung gegenüber dem Bundeskanzler durchzusetzen. Ich möchte nicht wissen, was geschehen würde, wenn Herr Dieckmann glaubte, eine solche Haltung gegenüber dem Politbüro der SED wagen zu dürfen.

Ich glaube, daß die Bundesregierung das in ihren Kräften Stehende getan hat, um die deutsche Einheit zu fördern. Das heißt, nicht irgendeiner Illusion nachzulaufen, sondern die konkreten und politisch gangbaren Wege zu weisen und zu verfolgen, die zu einer echten Vereinigung Deutschlands führen können. Leider ist die deutsche Einheit in den letzten Monaten zum politischen Schlagwort, zum Vorspann häufig ganz anderer politischer Zielsetzung gemacht worden. Selbst für Parteigründungen und Parteibezeichnungen muß die deutsche Einheit jetzt erhalten. Ich glaube, daß das kein guter Weg ist. Es gibt keine Frage, in der wir uns größerer Nüchternheit und Sachlichkeit befleißigen sollten, als diese.

Wer uns den Vorwurf macht, daß wir für die deutsche Einheit zu wenig getan hätten, mag uns sichtbar machen, welchen Weg er gegangen wäre, und gehen würde, wenn er die politische Verantwortung trüge. Um der deutschen Einheit willen bedauere ich, daß niemand einen solchen Weg ausfindig gemacht hat. Leider ist mit Deklamationen in dieser Frage ebenso wenig geholfen, wie mit gefühlvollen Betrachtungen oder mit theologischen Hinweisen auf Parteitag in der Ost-CDU. Man sagt uns insbesondere, daß wir nicht genug getan hätten, um das Bemühen der Westmächte, zu Viermächte-Verhandlungen zu gelangen, zu fördern. Ich habe ausführlich einen Hinweis auf die Fakten gegeben, um sichtbar zu machen, daß unter unmittelbarer Beteiligung der Bundesregierung alles nur Mögliche getan ist, selbst unter Veränderung der Standpunkte und Aufgeben früherer Positionen, um auch nur den Anfang

einer Viermächtebesprechung zustande zu bringen. Sie wissen, daß wir unter den gegenwärtigen besatzungspolitischen Verhältnissen unseren Einfluß auf diese Dinge nicht einem tatsächlichen Rechtszustand, sondern nur dem von der Bundesregierung erreichten tatsächlichen Einfluß verdanken. Ich bin immer etwas erstaunt darüber, daß die gleichen Kräfte, die der Bundesregierung vorwerfen, sie übe nicht genügenden politischen Einfluß aus, mit aller Schärfe gegen die Verträge Front machen, die zumindest eine außerordentlich große Verstärkung der deutschen, politischen Selbständigkeit und der politischen Einflußmöglichkeiten unseres Staates bedeuten. Man ist manchmal leider geneigt, zu meinen, daß manche oppositionellen Kräfte in Deutschland die erreichte außenpolitische Selbständigkeit der Bundesrepublik bedauern, weil dadurch in

noch stärkerem Maße die Bundesregierung ihren Einfluß auf die Gestaltung der Politik Europas und der Welt durchsetzen könnte und damit die Voraussetzung für eine ständig vermeinende Kritik noch weiter eingeschränkt werden würde. Wir sind offenbar von der Bereitschaft zu einer politischen Gesamtverantwortlichkeit für unsere deutsche Politik leider noch weit entfernt, ich fürchte am meisten diejenigen, die am lautesten von der deutschen Einheit reden und der Bundesregierung vorwerfen zu müssen glauben, daß sie zu wenig in dieser Richtung getan habe.

Ich bin nicht der Meinung, daß die europäische Verteidigungsgemeinschaft und die damit verbundene Wiederherstellung einer deutschen Wehrhoheit eine Gefährdung der deutschen Einheit bedeutet. Niemand von uns ist so dumm, und das hat der Bundeskanzler auf dem Parteitag der CDU in Berlin eindeutig herausgestellt, zu glauben, daß man Sowjetrußland durch Bedrohung gefügig machen könnte. Aber wir werden endlich zur Kenntnis nehmen müssen, daß Sowjetrußland, soweit wie es ohne Gefährdung seiner eigenen politischen Position möglich ist, bemüht ist, im Wege des kalten Krieges seine politische Macht vorzuschieben und Völker und Staaten zum willenlosen Werkzeug der kommu-

Produktionsindex auf bisherigem Höchststand

Die industrielle Produktion in der Bundesrepublik erreichte im Oktober 1952 unter starken Saisoneinflüssen den Höchststand in der Nachkriegszeit, nachdem sich schon im Vormonat ein kräftiger Auftrieb durchgesetzt hatte. Nach vorläufiger Berechnung des Statistischen Bundesamtes stieg der Produktionsindex für die Gesamtindustrie gegenüber dem Vormonat um 5 v. H. auf 158 (1936 = 100) an.

Von der Aufwärtsbewegung wurden fast alle Industriezweige erfaßt. Maßgeblich machte sich der Einfluß der Zuckerkampagne im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (+ 21 v. H.) und die

weiter anhaltende Belebung der Verbrauchsgüterindustrien (+ 9 v. H.) bemerkbar. Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 3 v. H.) erzielten trotz bereits jahreszeitlich bedingter Einflüsse ebenfalls den bisher höchsten Stand der Erzeugung. Dagegen beeinflussten gegenläufige Bewegungen bei den Investitionsgüterindustrien das hohe Erzeugerniveau der Vormonate nur wenig. Die Bauwirtschaft (- 3 v. H.) erreichte infolge ungünstiger Witterung das hohe Volumen des Vormonats nicht mehr.

In der Übersicht ergibt sich folgendes Bild:

Indexgruppen	Indexziffern				Veränderung ± v. H. Oktober 1952 gegen September 1952
	Okt. 1951	Aug. 1952	Sept. 1952 (vorl.)	Okt. 1952 (vorl.)	
Gesamte Industrie	144	141	151	158	+ 4,6
Bergbau	119	124	126	128	+ 2,0
Verarbeitende Industrie	143	138	150	158	+ 5,3
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	131	131	138	142	+ 2,9
Investitionsgüterindustrien	158	161	175	176	+ 0,6
Verbrauchsgüterindustrien	137	127	147	160	+ 8,5
Nahrungs- u. Genußmittelind.	150	123	127	154	+ 20,7
Energieerzeugung	191	189	203	210	+ 3,3
Bau	145	161	162	157	- 2,9

Ein Parteitag der Spannungen

FDP zwischen „Rechtsgalopp“ und „Linksmarsch“

Auf offener politischer Bühne hat die Freie Demokratische Partei in Bad Ems ihre Grundsatzprobleme, wenn auch nicht gelöst, so doch in eine vorläufig tragfähige Gleichgewichtslage zu bringen versucht.

Vizekanzler Blücher, der mit Zuspruch und Kritik den Spannungen ausgleichend entgegentrat, wurde selbstverständlich wieder zum Vorsitzenden gewählt. Der Eintritt des Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Bundestagsabgeordneter Midelhauve, in den stellvertretenden und für ihn erweiterten Vorsitz der Partei zeigte die Verstärkung des bürgerliche Sammlung drängenden und in den Wahlkämpfen erfolgreichen rechten Flügels. Hier gelang es, mit Hilfe einer Satzungsänderung ein politisches Kompromiß zu schaffen. Aber auch der württembergische Ministerpräsident Dr. Mayer, der mehrfach den Götz von Berlichingen bemühte, hat mit seinen nach Links hin begründeten Plädoyer beachtlichen Beifall gefunden. In Hamburg, Berlin und Bremen hat man Verständnis für seine Koalitionspolitik. Sein Landesrebell Dr. Leuze hat vorläufig auf der Landesebene kapituliert und wurde in den erweiterten Vorstand gewählt.

Der Parteitag zeigte die ganze Problematik einer Gruppe, in der sich zwei Rich-

Gesamtdeutsche Realpolitik

nistischen Ideologie und der politischen Ausdehnungspläne zu machen. Die letzten sieben Jahre geben dafür eindrucksvolle Beispiele.

Wir sind nicht gewillt, Deutschland furchtlos zu einem wehrlosen und kraftlosen Objekt des kalten Krieges und der kommunistischen Infiltration werden zu lassen. Wir erwarten nicht, daß Sowjetrußland verhandelt, weil es sich bedroht fühlt, ja wir werden sogar unseren politischen Einfluß in jeder Weise dafür einzusetzen wissen, daß es sich nicht bedroht fühlt, weder von uns noch von anderen. Aber wir wünschen, daß es in der ihm im allgemeinen zuerkannten politischen Nüchternheit, die sich in den letzten Jahrzehnten mehrfach bewährt hat, erkennt, daß man eine Methode, die in Polen, Ungarn, der Tschecho-Slowakei und leider auch weitgehend in der sowjetischbesetzten Zone Erfolge erzielt hat, bei uns jedenfalls nicht mehr fortsetzen kann, und daß es sich darum in beiderseitigem Interesse lohnt, andere politische Mittel zu gebrauchen und zu anderen politischen Vereinbarungen zu kommen, als sie dort üblich waren. Wenn wir mit den übrigen Staaten Europas darum ringen, das politische Gewicht dieses Erdteils zum Tragen zu bringen, dann in erster Linie, um dazu zu helfen, daß die Spannungen der Weltmächte ausgeglichen und der Friede in Europa und der Welt gesichert werde. Ich meine, daß wir in den letzten Jahren einige Beiträge dazu geleistet haben, daß man diesen Willen ernst nehmen kann. Man sollte es tun, und nicht darauf vertrauen, daß man neben 18 noch weitere 50 Millionen Deutsche in die kommunistische Unterdrückung hineinführen kann.

In die bisher nur knapp 2 Prozent unserer gesamten Ausfuhr gingen, für die Bundesrepublik ein Objekt zweiten Ranges. Westdeutschland hat an jedem lohnenden Export ein Interesse, und es muß Wert darauf legen, mit jedem Land in einem zufriedensstellenden Wirtschaftsverkehr zu stehen. Dazu kommt, daß gerade diese Länder noch große Entwicklungsmöglichkeiten haben. Die Wahrnehmung dieser Entfaltungschance setzt die Hilfe industrieller Länder voraus.

tungen gegenüberstehen, die nicht nur „graduell“, wie Blücher ausgleichend bemerkte, sondern in der grundsätzlichen Haltung wie in der daraus sich ergebenden politischen Taktik stark gegensätzlich sind. Die FDP ist in ihrer augenblicklichen Verfassung schwer in das Parteischema von „Rechts“ und „Links“ einzuordnen, das allerdings heute nur noch relative Gültigkeit besitzt. Diese Partei steht mit ihrer Ideologie liberaler Färbung eigentlich links von der CDU. Sie ist ein geistiger Urenkel weniger der französischen Revolution, deren Nachfahren ins marxistische Lager gingen, als der geistigen Väter dieser Revolution. Konservative Kreise, die man immer noch als „rechts“ anzusprechen gewohnt ist, fühlen sich besonders im Westen, Südwesten und Süden, mehr bei der CDU/CSU zu Hause. Im kulturellen Felde hat die FDP in der Nähe der SPD Stellung bezogen. Das Beispiel von Rheinland-Pfalz zeigt, daß allerdings auch hier ein Zusammengehen mit der CDU möglich ist. Dr. Reinhold Mayer hat mehrfach auch die etwas abgegriffenen „antiklerikalen“ Schlagworte gebraucht. Aber die Wahlerfolge der FDP im Nordwesten entstammen deutlich feststellbar den Rechtsschichten, die infolge des Fehlens einer echten Rechtspartei sich heimatlos fühlen. Hinzu kommen gewisse wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch scharfe Gegensätze zu SPD- und Gewerkschaftsansprüchen in Kreisen, denen die CDU auf diesem Sektor wiederum zu linksbetont erscheint. Alles das trat sehr deutlich in sehr langen und erbitterten Diskussionen zu Tage.

Vizekanzler Blücher hat in seinen Abschlußworten eine eingehendere Behandlung der weltanschaulichen Fragen vermisst. Die FDP ist ursprünglich als eine Zusammenfassung der einst nationalliberalen und freisinnig-demokratischen Kreise gegründet worden und hat diese ihre liberale Grundhaltung immer wieder betont. Aus Stuttgart und Hamburg wurden diese liberalen Grundlagen der Partei besonders unterstrichen. Ihr ideologischer Kern scheint in der jüngeren akademischen Generation der Partei Beachtung zu finden. Aber, wenn es sich hier auch um einen Neo-Liberalismus handelt, der wirtschafts- und sozialpolitisch sich vom einstigen Manchesterium stark distanziert, so ist es doch den aktiven Persönlichkeiten der Partei kaum verborgen geblieben, daß der Liberalismus als politische Macht in der Welt nicht mehr viel zu bedeuten hat. Das Zusammenschmelzen des einst so mächtigen britischen Liberalismus auf eine überhaupt nicht mehr als politische Potenz anzusehende Gruppe, das Zurücktreten z. B. des einst in Italien so machtvollen Liberalismus, zeigt, wie gering auf diesem Boden die Hoffnung auf Breiterefolge sein dürfte. Die eigentliche Entscheidung wird heute fast überall in Europa zwischen den aus religiös-weltanschaulichen Bindungen erwachsenen, für organischen Staatsaufbau eintretenden konservativ-demokratischen Meinungsgruppen und den verschiedenen Schattierungen des Marxismus ausgetragen.

Erfreulicherweise hat die FDP aber weniger aus ihrer geistig-liberalen Substanz als aus ihrer staatsbetonten verantwortlichen Mitarbeit am Aufbau

eines demokratischen Gemeinwesens und ihrer Bereitschaft, dieses Gemeinwesen in Anlehnung an die westliche Welt gegen die Dämonie des Ostens zu verteidigen, ihre Politik gemacht. Sie hat daraus die Kraft gewonnen, gewisse Unterwanderungen aus dem nazistischen Lager, die bis in ihre Funktionärskreise hineingehen, politisch zu verdauen. Auch das von Vizekanzler Blücher unterstrichene Bekenntnis zu einer auf Steigerung der Erzeugung abzielenden und hier kompromißlosen Wirtschaftspolitik bildet die Ergänzung zur staatspolitischen und außenpolitischen Verantwortungsbereitschaft. Daran ändern auch nicht viel zeitweilige Versuche, die Wahlchancen durch eine Art Opposition in der Koalition verbessern zu wollen. Die deutliche Absage an die SPD auf der Bundesebene darf wohl stärker, denn nur als Zugeständnis auf die Rechtsgruppen in der Partei gewertet werden.

Wenn ein Bundestagsabgeordneter auf das Vorbild der CDU in der Zusammenfassung verschiedenartiger Kräfte hinwies und das damit begründete, daß die CDU das erreiche, weil sie ein festes Ziel vor Augen habe, so darf wohl ergänzend hinzugefügt werden: Hier macht sich die Kraft einer wirklichen gemeinsamen Gesinnung, einer weltanschaulichen Bindung über Interessensgesetze hinweg geltend. Hier gerade zeigt sich das Wesen der CDU, ihre Stärke und ihre Besonderheit.

Die Versorgungsschwierigkeiten in der Sowjetzone

Die Pankower Regierung bemüht sich, die zunehmenden Schwierigkeiten der Versorgung als örtliche Erscheinungen hinzustellen und versucht, wie der Pressedienst der Exil-CDU schreibt, durch Verhaftung der „Schuldigen“ Sündenböcke herauszustellen, die angeblich „Sabotage“ geübt haben. Dennoch bleiben die Lager der kommunistischen HO-Läden in der Sowjetzone leer. Es fehlt vor allem an Fetten und Fleisch.

In Ost-Berlin wird, um für die West-Berliner und die Ausländer den Mangel nicht allzu augenfällig werden zu lassen, im Gegensatz zu dem übrigen sowjetisch besetzten Gebiet nach wie vor bevorzugt aus den HO-Läden geliefert. Dort sind, wie aus der Ost-Berliner Presse hervorgeht, nun ebenfalls „Saboteure“ am Werk. Angeblich sind Großschieber und Spekulanten, die „Hamstereinkäufe“ großen Stils vornehmen. Man behauptet, daß diese Waren „in den Westen“ verschoben würden, obgleich der Zollgrenzdienst ein Nachlassen solcher Käufe nach den verschärften Kontrollen festgestellt hat. Tatsächlich kaufen viele Bewohner aus Mitteldeutschland neuerdings in Ost-Berlin das ein, was ihnen in den HO-Läden in ihrer Heimat vorenthalten wird. Die Käufer schlangen in Ost-Berlin sind daher ein Zeichen für den Mangel an Ware und die katastrophale Lage auf der Sowjetzonen eisenbahn, deren Transportleistungen infolge des Materialmangels immer mehr zurückgehen. Der Staatssekretär im sowjetischen Verkehrsministerium Wollweber hat zugeben müssen, daß täglich 700 Güterwaggons fehlen, um die Versorgung reibungslos durchzuführen. 400 schadhafte Lokomotiven stehen in Ausbesserungswerken und warten auf Reparaturmaterial. Infolgedessen wurden auch Rangier- und Tendermaschinen für Schnellzüge und den Güterverkehr eingesetzt. Trotzdem sind Verspätungen bis zu 16 Stunden an der Tagesordnung.

A III 1 a CDU/CSU

Kleine Anfrage zum Schweigener Grenzübertritt

Zu dem Grenzzwischenfall bei Schweigen hat die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages folgende Kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet:

„Zeitungsmeldungen zufolge ereignete sich am 13. November 1952 am Grenzposten südlich Schweigen in der Pfalz ein Zwischenfall. Danach weigerte sich die französische Eskorte eines Fahrzeuges, in dem 19 zur Fremdenlegion geworbene Deutsche saßen, die ordnungsgemäße Überprüfung der Papiere durch deutsche Grenzbeamte zuzulassen. Die Franzosen erklärten, die deutschen Grenzbehörden hätten nicht das Recht, französische Militärfahrzeuge zu untersuchen. Schließlich erzwang nach den vorliegenden Meldungen die französische Gendarmerie unter Drohung die Öffnung der Grenze. Angesichts der Erregung die wegen dieses Zwischenfalles bei der Grenzbevölkerung herrscht, fragen wir bei der Bundesregierung an, welche Meldungen und Informationen ihr über den Vorfall vorliegen und was sie zu tun gedenkt, um künftig Zwischenfälle ähnlicher Art zu verhüten.“

26. November 1952

A IV d Kommunalwahlen

CDU führt in nordrhein-westfälischen Gemeinden

Aus dem vorläufigen Endergebnis der am 9. November abgehaltenen Gemeindevahlen in Nordrhein-Westfalen ergibt sich, daß die CDU weiterhin die stärkste Partei in den Landgemeinden ist. Sie erhielt bei diesem Teil der Wahlen fast eine Million Stimmen mehr als die Sozialdemokratische Partei. Bei einer Wahlbeteiligung von 79,7 Prozent (im Jahre 1948 72,5 Prozent) entfielen auf die einzelnen Parteien folgende Stimmzahlen:

CDU	2 970 000 Stimmen	(43,8 Prozent)
SPD	1 990 000 Stimmen	(29,1 Prozent)
FDP	590 000 Stimmen	(8,7 Prozent)
Zentrum	569 000 Stimmen	(8,7 Prozent)
KPD	100 000 Stimmen	(1,5 Prozent)
BHE	270 000 Stimmen	(4,0 Prozent)
DP	17 000 Stimmen	(0,2 Prozent)
Freisoziale Union	14 000 Stimmen	(0,2 Prozent)
Freie Wählervereinigung	19 733 Stimmen	(0,3 Prozent)
Nationale Rechte	5 980 Stimmen	(0,1 Prozent)

Von den 24 803 Mandaten in den Gemeindetagen (in Klammern die Vergleichszahlen der letzten Gemeindevahlen im Jahre 1948, bei denen 17 990 Sitze vergeben worden waren), entfielen auf die Parteien:

CDU	11 431 (8144) Sitze,	46,1 (45,3) Prozent,
SPD	6 754 (5568) Sitze,	27,2 (31,0) Prozent,
FDP	2 168 (741) Sitze,	8,8 (4,1) Prozent,
Zentrum	2 228 (2122) Sitze,	9,0 (11,8) Prozent,
KPD	191 (421) Sitze,	0,8 (2,4) Prozent,
BHE	938 (—) Sitze,	3,8 (—) Prozent,
DP	49 (—) Sitze,	0,2 (—) Prozent,
Unabhängige	947 (930) Sitze,	3,8 (5,2) Prozent.

26. November 1952

C b CSU

Evangelische Arbeitsgemeinschaft der CSU Nordbayern

Eine „Evangelische Arbeitsgemeinschaft innerhalb der CSU“ wurde in Ansbach von evangelischen CSU-Mitgliedern aus Nordbayern gegründet. Der Zusammenschluß sei notwendig erschienen, um den Klagen abzuwehren, daß die evangelischen Mitglieder in der CSU nicht genügend zur Geltung kämen, heißt es in einer Pressemitteilung. Die Arbeitsgemeinschaft setze sich zum Ziel, die Freudigkeit aller bewußt evangelischen Kreise zur Mitarbeit in der CSU zu stärken. Die Gründung wendet sich auch gegen den in Nordbayern verschiedentlich aufgetretenen „Evangelischen Volksdienst“.

26. November 1952

A V f Nordrhein-Westfalen

CDU-Oberbürgermeister in Nordrhein-Westfalen

Mit 54 von 59 abgegebenen Stimmen wurde am 20. November Landtagspräsident Josef Gockeln (CDU) erneut zum Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf gewählt. Auch das Kölner Stadtparlament wählte den neuen Oberbürgermeister. 58 von 65 abgegebenen Stimmen entfielen dabei auf den bisherigen Oberbürgermeister Dr. Ernst Schwering (CDU), der sich seit 1948 alljährlich mit Robert Görlinger (SPD) in diesem Amt abgewechselt hatte. Diesmal wurde Robert Görlinger zum ersten Bürgermeister gewählt. In Neuß wurde Alfons Frings, ein Bruder des Kardinals, mit 35 von 36 Stimmen bei einer Stimmenthaltung erneut gewählt. Neuer Oberbürgermeister von Münster wurde Rechtsanwalt Dr. Busso Peus (CDU). Bis auf drei Stimmen erfolgte die Wahl einstimmig. In Aachen wurde der Präsident der Industrie- und Handelskammer Hermann Heusch (CDU) mit 26 gegen 14 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zum Oberbürgermeister gewählt. Der bisherige Oberbürgermeister von Krefeld, Johannes Hauser (CDU) wurde mit 29 von 47 Stimmen wiedergewählt. Die Bonner Stadtvertretung hat den bisherigen Oberbürgermeister Peter Maria Busen mit 37 Stimmen bei zwei Enthaltungen wiedergewählt. Oberbürgermeister Busen gehört der CDU an. Zum Oberbürgermeister von München-Gladbach wurde Dr. Wilhelm Finger (CDU) einstimmig gewählt.

26. November 1952

C b CSU

Dr. Ehard antwortet Bodensteiner

Der CSU-Abgeordnete Bodensteiner hat am 13. November dem CSU-Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Dr. Ehard, schriftlich seinen Austritt aus der CSU mitgeteilt. Bodensteiner erläuterte die Gründe und Vorgänge, die ihn angeblich bestimmten, seine bisherige politische Verbindung mit der CSU zu lösen. In einem Brief vom 18. November hat Dr. Ehard als Landesvorsitzender der CSU in Bayern den Brief Bodensteiners beantwortet. Dr. Ehard schrieb an Bodensteiner:

„Ich bestätige hiermit Ihr Schreiben vom 13. November 52, mit dem Sie Ihren Austritt aus der Christlich-Sozialen Union erklären. Damit erübrigt sich das vom Schiedsgericht Ihres zuständigen Bezirksverbandes gegen Sie eingeleitete Ausschlussverfahren.“

Ohne mich in eine Auseinandersetzung mit den Darlegungen einzulassen, mit denen Sie Ihre Trennung von der CSU begründen, möchte ich mich auf die Feststellung beschränken, daß es nicht die seit einigen Jahren von Ihnen vertretenen allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen persönlichen Auffassungen und Meinungen sind, die Ihr weiteres Verbleiben in der CSU unmöglich gemacht haben. Die Landesgruppe der CSU im Bundestag hat gerade in Ihrem Fall ein Beispiel dafür geliefert, wie großzügig, langmütig und geduldig in der CSU auch von der allgemeinen Linie abweichende Meinungen ertragen werden können. Es kann also keine Rede davon sein, daß Ihnen gegenüber das Recht auf die freie Meinungsäußerung, das einem gewählten Abgeordneten zusteht, zu gering geachtet worden wäre.

Selbst die Fragen, die wie der Deutschlandvertrag und der EVG-Vertrag wegen ihrer tiefeinschneidenden Bedeutung eine gerade und geschlossene Haltung der einzelnen politischen Parteien notwendig machen, hätten wegen Ihrer persönlichen abweichenden Meinung keinen Anlaß zu einer Trennung zu geben brauchen. Allerdings erfordert die Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft, wie es Parteien und Fraktionen sind, gewisse Rücksichten, deren Mißachtung die Interessen dieser Gemeinschaft schädigt und darum auf die Dauer nicht hingenommen werden kann.

Ich bedauere, daß Sie unaufhaltsam auf den Weg einer politischen Sektiererei geraten sind, den Ihnen die Christlich-Soziale Union hätte ersparen können, wenn Sie sich dem von ihr verfochtenen Unionsgedanken wirklich hingegeben hätten, statt sich politischen Einzelgängern zuzugesellen, die nur zu zerstreuen und auseinanderzureißen, aber nicht zu sammeln vermögen.“

26. November 1952

C c Landesparteien

Politische Einheit der südwestdeutschen CDU

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung, Dr. Franz Gurk, hat zu der in der letzten Zeit mehrfach diskutierten Frage der politischen Einheit der CDU folgende Erklärung gegeben:

„Die Parteien in Baden-Württemberg haben es alle eilig gehabt, Einheitsverbände zu bilden, d. h. die bisherigen Landesverbände wurden Bezirksverbände und einer von Stuttgart aus delegierten Spitze untergeordnet. Dem gegenüber hat die Christlich-Demokratische Union an dem System mehrerer Landesverbände festgehalten. Neben einer einheitlichen Fraktion und gemeinsamen Presseorganen wird die Bildung des politischen Willens der CDU jedoch durch regelmäßige Konferenzen der Landesvorsitzenden gesichert. In der Unterschiedlichkeit des Organisatorischen kommt nun der grundsätzliche Unterschied zwischen der CDU und den übrigen Parteien zum Ausdruck. Die CDU kann es sich als freiheitliche Partei ihrem Wesensgefüge nach leisten, bei organisatorischer Vielfältigkeit ihre geistig-politische Einheit zu wahren. Die CDU ist gewohnt, im Gegensatz zu den Regierungsparteien föderalistisch zu denken. Den Koalitionsparteien ist der Apparat erstrangig, der Mensch zweitrangig. Die CDU beschreitet den umgekehrten Weg. Diese grundsätzliche Verschiedenheit kam z. B. in den Auseinandersetzungen zum Ausdruck, die zwischen Regierung und Opposition beim Aufbau der Verwaltungsorganisation im neuen Bundesland auftraten. Die vorläufige Regierung und die sie tragenden Parteien erstreben im Grunde eine zentralistische Verwaltung, wie sie auch einen zentralen Parteiparat besitzen. Die CDU ist stolz darauf, über einen dienenden Apparat, über dem der Mensch steht, zu verfügen und in dem sie sich frei entfalten kann. Es liegt allerdings im Bereich des Möglichen, daß beispielsweise die nord- und südbadischen Landesverbände der CDU eine ihrer Wählerschaft entsprechende Zielrichtung verfolgen. Sie äußert sich in einer etwas engeren Zusammenarbeit, wird sich aber nie gegen die nord- und südwestdeutschen Landesverbände richten. Es gibt in der Weltpolitik Beispiele ähnlicher Art, wenn man nur an das britische Weltreich denkt. Die CDU ist eine junge Bewegung. Ihr Parteaufbau sollte Vorbild sein für einen Staatsaufbau, der allein dem neuen Bundesland Menschen gewinnen könnte. Es wird die Stunde kommen, in der die CDU in der Verantwortung und in der Regierung beweisen wird, was man in einem vorbildlichen Staatsaufbau zu leisten vermag.“

26. November 1952

C c Landesparteien

CDU wünscht Beschleunigung der Verfassungsberatungen

Maßgebliche Sprecher der SPD und DVP/FDP haben im Zusammenhang mit den Verfassungsarbeiten der CDU vorgeworfen, sie verzögere bewußt die Beratungen im Verfassungsausschuß der Landesversammlung. Der Informationsdienst der südwestdeutschen CDU gibt hierzu folgende Erklärung des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Dr. Franz Gurk, bekannt:

„Die CDU besitzt nicht das geringste Interesse an einer Verzögerung der Verfassungsberatungen. Sie hat im Gegenteil seit längerer Zeit Maßnahmen erwogen, die einer Beschleunigung der Beratungen dienen könnten. Die Fraktion wird deshalb in Kürze dem Verfassungsausschuß konkrete Vorschläge zur Vereinfachung seiner Arbeit unterbreiten. Die CDU ist darüber hinaus der Auffassung, daß die Beratungen des Ausschusses unter dessen Überbesetzung mit 25 Abgeordneten leiden. Es erscheint angesichts dieser Haltung der CDU absurd, ausgerechnet ihr von seiten der Koalitionsparteien die Schuld für das lagsame Tempo der Verfassungsarbeit zu geben.“

26. November 1952

A IV 3 a Allgemeines

Umsätze des Einzelhandels im Oktober 1952

Vom September zum Oktober sind die Umsätze des gesamten Einzelhandels, wie aus einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, um durchschnittlich 12 v. H. gestiegen. Sie waren gegenüber dem Oktober des Vorjahres wertmäßig um etwa 2 v. H. und der Menge nach um rund 6 v. H. höher. Der Anstieg gegenüber September ist vor allem durch das Herbstgeschäft in Bekleidung verursacht. Die Umsätze in Textil- und Schuhwaren stiegen vom September zum Oktober um durchschnittlich ein Drittel. Die Lebensmittelgeschäfte konnten im Durchschnitt um 7 v. H. mehr verkaufen als im September. Saisonübliche Umsatzzunahmen melden die Fachgeschäfte für Hausrat und Wohnbedarf, die Buchhandlungen und Papierwarengeschäfte sowie die Seifengeschäfte. 26. November 1952

A III 1 b FDP

Parteitag der Freien Demokraten

Der vierte ordentliche Parteitag der Freien Demokratischen Partei in Bad Ems wurde am 23. November mit der Annahme einer Reihe von Entschlüssen beendet. Gegen einige Stimmen und bei wenigen Enthaltungen wurde eine Erklärung angenommen, in der sich der Parteitag trotz mancher Bedenken für eine baldige Ratifizierung der Verträge ausspricht. Eine andere Entschlußung spricht die Hoffnung auf eine großzügige Geste der Westmächte in der Frage der sogenannten Kriegsverbrecher noch vor Weihnachten aus. Der Parteitag bekennt ferner seine Entschlossenheit, jedem Versuch entgegenzutreten, in Westdeutschland ein System der Unfreiheit und des Terrors aufzurichten. Eine Anzahl weiterer Entschlüsse, z. B. zur Saarfrage und zum Israel-Abkommen, wurde dem Parteivorstand als Material übergeben. Zu ihnen gehört auch das sogenannte „Deutsche Programm“ des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen sowie das „liberale Manifest“ des Landesverbandes Hamburg. Vizekanzler Blücher erklärte dazu, die Partei werde in den nächsten Monaten klare Richtlinien aus der Synthese beider Programme ausarbeiten. Der Parteivorsitzende wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß in den meisten Grundsatzfragen keine Unterschiede beständen. Nichts sei verkehrter als aus der Emser Tagung etwa eine Änderung der Parteipolitik zu ersehen. Das Bestreben werde immer dahin gehen, freie Aussprachen herbeizuführen. Die FDP sei keine Partei der Gleichmacherei.

In der Vorstandswahl, die am 22. November stattfand, wurde Vizekanzler Blücher mit 180 von 267 Stimmen als Vorsitzender und Dr. Schäfer mit 173 Stimmen als Stellvertreter bestätigt. Der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Dr. Middelhaue, der Initiator der sogenannten „Nationalen Sammlungsbewegung“ wurde mit 184 Stimmen auf den nach Antrag des Landesverbandes Hessen neugeschaffenen Posten eines gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen, Stegner, wurde in den erweiterten Vorstand hinzugewählt. Auch der Landesverband Baden-Württemberg hatte sich für diese Wahl ausdrücklich eingesetzt. Die übrigen bisherigen Mitglieder wurden bestätigt.

Ferner wurde der bisherige Vorsitzende des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern, Dr. Leuze, ausdrücklich in den erweiterten Parteivorstand gewählt. Er behält damit seinen Sitz, den er bisher in seiner Eigenschaft als Landesverbandsvorsitzender inne hatte. Nach langen Beratungen war mit ihm eine Einigung zustande gekommen. Dr. Leuze gab dem Parteivorstand eine Loyalitätserklärung ab, er werde seinen Landesverband, der bisher zu dem von Ministerpräsident Maier geführten Landesverband Baden-Württemberg in Opposition stand, auflösen.

26. November 1952

A IV e Kirchen

Bischofswort zu den Saarwahlen

Der Bischof von Trier hat aus Anlaß der Wahlen zum saarländischen Landtag an die Gläubigen des im Saargebiet liegenden Teiles seiner Diözese einen Hirtenbrief gerichtet und schreibt darin „ohne mich auf die politische Ebene zu begeben“ zur Frage der Wahlbeteiligung: „Jeder verhalte sich so, wie er es vor Gott und seinem Gewissen glaubt, verantworten zu können. Wer für eine Partei stimmt, der darf nur solchen Männern und Frauen seine Stimme geben, deren christliche Gesinnung und Haltung für die Beobachtung der Grundsätze und Forderungen bürgen, auf die wir als katholische Christen nicht verzichten können. Wer aber nach verantwortungsbewußter Überlegung zu dem Urteil kommt, daß er in der gegenwärtigen Lage den aufgestellten Vertretern seine Stimme nicht geben dürfe, und sich nach dieser Erkenntnis richtet, kann von anderen einer Pflichtverletzung nicht beschuldigt werden.“

26. November 1952

A IV 8 b Berlin

Berliner CDU verlangt „Tag der Menschenrechte“

Die CDU hat im Berliner Abgeordnetenhaus beantragt, zur Erinnerung an die Veröffentlichung der Erklärung der Menschenrechte durch die UN künftig den 10. Dezember als „Tag der Menschenrechte“ durch Feier in den Schulen zu begehen. Gerade Berlin sei der Ort, wo für die Erhaltung der Menschenrechte gegenüber den Grausamkeiten des Ostens mit besonderer Kraft eingetreten werden müsse. Die FDP hat sich diesem Antrag angeschlossen.

26. November 1952

Mehr Eigenheime beim Wohnungsbau

CDU/CSU bringt Initiativgesetz im Bundestag ein

Seit langer Zeit geht das Bestreben der CDU/CSU-Fraktion dahin, eine mehr auf das Eigentum abgestellte Wohnungsbaupolitik zu ermöglichen. Gegenüber den kollektivistischen Auffassungen hat die CDU als Weltanschauungspartei stets die Ansicht vertreten, daß mit den zur Verfügung stehenden Mitteln soweit wie möglich den Sonderbedürfnissen der Familien Rechnung zu tragen sei.

Der deutsche Wohnungsbau begann praktisch erst nach der Währungsreform. Wir können jetzt zurückblicken auf eine Leistung, die im Ausland mit Bewunderung vermerkt worden ist. Seit 1949 sind 1,2 Millionen Neubauwohnungen erstellt worden. Täglich werden im Durchschnitt mehr als 1000 Wohnungen fertig. Allerdings wird von diesen Wohnungen kaum ein Fünftel in Eigentum übergehen. Hinzu kommt, daß 70% dieser neuen Wohnungen Kleinstwohnungen sind. Sie entsprechen also nicht den Familienbedürfnissen.

Die CDU/CSU-Fraktion, und in erster Linie deren Sachverständiger, der Bundestagsabgeordnete Paul Lücke, gelangten deshalb zu der Überzeugung, daß wohnungspolitisch neue Wege begangen werden müssen, um der gefährlichen kollektivistischen Entwicklung entgegenzutreten, und zwar durch gesetzliche Maßnahmen.

Eine Änderung des bereits bestehenden Wohnungsbaugesetzes würde hierzu nicht ausreichen. Man hat sich deshalb zu einem großen Initiativgesetz entschlossen, das sich „Gesetz zur Schaffung von Familienheimen“ nennt. In diesem Gesetz wird nicht mehr nur die Erstellung von Wohnungen schlechthin, sondern es werden Familie und Eigentum zum Richtmaß des gesamten Wohnungsbaues gemacht. Mindestens 50 Prozent der öffentlichen Mittel, gleich aus welcher Quelle sie stammen, sollen gesetzlich für den Bau von solchen Wohnungen verwendet werden, die wirkliche Familien- und Eigenheimen werden.

Für die Gewährung öffentlicher Mittel soll nicht mehr die Wohnungseinheit als Berechnungsgrundlage gelten, sondern das Wohnflächenbedürfnis der Familie je nach ihrer Größe. Als Familienheim wird in dem Gesetz bezeichnet ein

„Wohnhaus mit Garten, das dazu bestimmt und der Bauform nach geeignet ist, einer Familie als Heim zu dienen“. Zur Familie werden auch Eltern und Geschwister gezählt. Das Familienhaus kann ein freistehendes Einzelhaus und ein Doppel- und Reihnhaus sein. Die Flächen können über 120 qm hinausgehen, dürfen aber 50 qm nicht unterschreiten.

Das Gesetz sieht auch den Bau von Vorratswohnungen, sogenannter „Häuser von der Stange“, durch Wohnungsunternehmungen vor, wodurch den Bauwilligen der Erwerb eines Eigenheimes risikoloser gemacht wird. Zur Verbilligung der Herstellungskosten soll nach den Wünschen der Gesetzesväter von den Ländern eine größere Anzahl Typenpläne aufgestellt werden. Abweichende Bauarten sollen nur dann zugelassen werden, wenn sie keine wesentliche Kostenverteuerung mit sich bringen.

Der Finanzierungsplan in dem Gesetzentwurf sieht wesentliche Erleichterungen für Bauwillige vor. Der eigene Einsatz und Wille zur Eigentumbildung soll belohnt werden. Der Darlehensnehmer soll zur vorzeitigen Rückzahlung berechtigt sein und erhält dann das geschuldete Kapital auf den mit 4 1/2 % zum Fälligkeitstag diskontierten Betrag ermäßigt. Macht der Bauherr von den ihm bewilligten öffentlichen Mitteln nur zur Hälfte Gebrauch, so werden ihm diese als Zuschüsse gewährt.

Dieser Gesetzentwurf hat sicher mit Angriffen von Seiten der großen gemeinnützigen Wohnungsbaunternehmen zu rechnen. Auch die sozialdemokratische Opposition steht vermutlich den Zielen des Gesetzes nicht nahe. Dennoch besteht Aussicht, für das Gesetz im Bundestag eine Mehrheit zu finden. Für die CDU/CSU ist die Verwirklichung ihrer Initiative eine aus ihrem christlichen Anliegen politisch erwachsene Verpflichtung. Die Fraktion des Bundestages wird sich um eine beschleunigte Behandlung der Vorlage bemühen.

Der Geist unserer Jugend

Eine Unterredung mit Dr. Adenauer

Ein Mitarbeiter der „Neuen Zeitung“, der aus den Vereinigten Staaten kommend, sich zur Zeit auf einer Reise durch Deutschland befindet, richtete an Bundeskanzler Dr. Adenauer die Frage, wie er die Einstellung der deutschen Nachkriegsgeneration zu Leben und Staat sehe.

Dr. Adenauer antwortete:

„Ich glaube, daß wir hier gewisse Unterschiede machen müssen, und zwar zwischen den jüngeren Menschen, die im Krieg gewesen sind, wenig Möglichkeiten zum Lernen hatten und vielfach ohne eigentliche Ausbildung herangewachsen sind. Sie sind in jeder Hinsicht in einer recht schwierigen Situation für ihre Adjustierung an die Forderungen des Tages. Dazu kommen die jungen Leute bis zu 25 Jahren, die beim Waffenstillstand noch ganz jung waren. Ihre Einstellung und Haltung ist sehr interessant. Als ich vor einiger Zeit auf dem Bürgenstock, wo ich in den Ferien war, den Besuch einer interkonfessionellen Gruppe junger Menschen aller Berufe erhielt und mich lange mit ihnen unterhielt, war ich sehr beglückt über die

Aufgeschlossenheit, die fast alle den Problemen der Zeit gegenüber zeigten. Sie hatten Einsicht und Verständnis in die Probleme einer deutschen Bundesregierung von heute, und daraus entsprang auch eine Sympathie der gegenwärtigen Regierung gegenüber und, wenn ich das sagen darf, auch für meine Person. Wir hatten nachher noch eine allgemeine öffentliche Aussprache, und Ausländer, die ihr beiwohnten, waren erstaunt über das Interesse der jungen Leute an allen Vorgängen der Welt, vor allem aber auch über die politischen Kenntnisse, die dieses Interesse positiv untermauert. Besonders stark beeindruckte alle die ernsthafte und betonte Einstellung zum europäischen Gedanken.

Unsere jungen Menschen drängen förmlich hinaus, um die Welt kennenzulernen

und ihren Horizont zu erweitern, um Vergleiche anzustellen und daraus Schlüsse zu ziehen. Fast möchte ich sagen, daß eine Wanderlust herrscht wie selten zuvor.“

Auf die Frage nach der Haltung der Jugend gegenüber den Parteien, erklärte der Bundeskanzler:

„Politisch tritt der größte Teil unserer Jugend für die Begriffe von Freiheit und Demokratie in Europa ein. In keinem Land hat die Idee Europa so gezündet wie hier in Deutschland, und sie war besonders zum Anfang eine Hoffnung angesichts der scheinbaren Unmöglichkeit, in dem nach dem Kriege so zertrümmerten Deutschland Ausichten auf Aufbau und Zukunft zu sehen. Man nahm an, daß das Land sich nicht so leicht von selbst wieder erholen würde, und suchte nach einer größeren Einheit, in deren Rahmen seine Wiedergeburt stattfinden könnte. Was die rein politischen Begriffe Demokratie und Parlamentarismus anlangt, so sieht die Jugend sie nicht als identisch an. Letzterem steht sie mit einem gewissen Mißtrauen gegenüber und stößt sich zum Teil auch an reinen Äußerlichkeiten. So klagten Jugendliche mir gegenüber, die das Bonner Parlament während seiner Sitzungen besucht hatten, daß Abgeordnete während der Reden Zeitungen lasen, sich unterhielten oder sonstige uninteressiert schienen. Die einsichtigen Männer in allen Parteien geben sich große Mühe, die Jugend an sich heranzuziehen. In den Schulen herrscht vielfach ein ganz neuer Geist, der auf die Heranziehung selbständigen Denkens der Schüler zielt. Mein jüngster Sohn geht zum Beispiel auf das Jesuiten-Kolleg in Godesberg, wo an jedem Wochenende Schüler Vorträge über die politische Situation der letzten Woche halten und diese Vorträge diskutieren. Dabei beteiligen sich die Lehrer nicht meinungsbildend, sondern lediglich als Diskussionsleiter. Hier liegen Ansätze vor, die zu einer gewissen Annäherung an das amerikanische System der Diskussion, der „Town Meetings“ etc. führen können.“

Über die Einwirkungen der Fühlungnahme zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten auf die Jugend äußerte sich Dr. Adenauer folgendermaßen:

„Die Berührung mit der amerikanischen Publizistik und der amerikanischen Literatur hat der deutschen Jugend zweifellos Eindrücke von einem Lebensstil vermittelt, dem sie vieles Gute abgewinnen kann. Diese Eindrücke sind oft verstärkt worden durch den Anschauungsunterricht, den amerikanische Bürger, die Dienst oder Erholung nach Deutschland führte, ihrem Gastland gaben. In gewisser Weise hat auch die Gesetzgebung in der amerikanischen Zone dazu beigetragen, weniger konventionelle Auffassungen im beruflichen und sozialen Leben zu verbreiten. Man muß aber im Auge behalten, daß auch in alten tief eingewurzelt Vorstellungen unseres Volkes starke Kräfte enthalten sind, die Elemente für unsere Ordnung bilden. Das, was die jungen Deutschen an den Vereinigten Staaten am meisten anzieht, dürfte die Weiträumigkeit und Großzügigkeit des Lebens sein. Dies ist zum Beispiel etwas, was der Arbeit an den europäischen Integrationsplänen zugute kommt. Das wichtigste Mittel, um die Bindung zwischen der Jugend beider Länder zu verstärken, scheint mir das unmittelbare persönliche Erleben von Land und Leuten zu sein. In diesem Sinne begrüßt die Bun-

desregierung die Austauschprogramme und fördert sie nach Kräften.“

Den Erfolg versucht kommunistischer Einflußnahme verneinte der Bundeskanzler:

„Es sind zuviel Kriegsgefangene aus Rußland zurückgekehrt, um nicht durch die Berichte ihres Erlebens eine starke innere Abwehrstellung hervorzurufen. Auch

hat die Haltung der Russen in Deutschland weitesten Kreisen gezeigt, daß totalitäre Systeme, sei es, daß sie von den Nazis oder den Sowjets vertreten werden, unerträglich sind. Auch was jetzt in der Ostzone vor sich geht, trägt dazu bei, die überwiegende Mehrheit der Jugend kommunistischer Integration gegenüber stichfest zu machen.“

Der Handel mit den arabischen Staaten

Im Hinblick auf die z. Zt. schwebende Auseinandersetzung der Bundesrepublik mit den 7 arabischen Staaten und die in Vorbereitung befindliche Beauftragung deutscher Wirtschaftsdelegationen sind die nachstehenden dem Bulletin entnommenen Zahlen von Interesse:

Die Ergebnisse des Handelsverkehrs der Bundesrepublik Deutschland mit den Mitgliedstaaten der arabischen Liga ergaben für das Jahr 1951 für 405,6 Millionen DM Einfuhren aus jenen Ländern und deutschen Ausfuhren von knapp 200 Millionen DM. Gemessen am Gesamthandel der Bundesrepublik waren die arabischen Staaten mit 2,7 v. H. an den Gesamteinfuhren und mit 1,4 v. H. an den deutschen Ausfuhren beteiligt. Basierend auf den bisher vorliegenden Ziffern für das Jahr 1952, die einschließlich September einen Einfuhrdurchschnitt von 39,4 Millionen DM, auf der Ausfuhrseite einen Monatsdurchschnitt von 22,6 Millionen DM ergaben, würden sich für das gesamte Jahr — unter der Voraussetzung, daß sich das Volumen in den letzten Monaten dieses Jahres nicht wesentlich ändert — auf der Einfuhrseite etwa 475 Millionen, auf der Ausfuhrseite etwa 275 Millionen DM ergeben.

Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

	Dt. Einfuhr (in Mill. DM)		Dt. Ausfuhr (in Mill. DM)	
	Jan./Sept.		Jan./Sept.	
	1951	1952	1951	1952
Ägypten	103,5	96,9	124,7	118,6
Saudi-Ar.	154,1	115,0	12,9	14,5
Irak	138,5	128,9	9,5	12,5
Transjord.	—	0,2	3,2	4,6
Libanon	4,5	2,4	16,9	25,2
Syrien	5,4	11,5	32,5	28,5
insgesamt	405,6	354,9	199,7	203,9

Der Schwerpunkt der Einfuhren der Bundesrepublik aus Ägypten liegt bei der Baumwolle, während die deutschen Ausfuhren nach Ägypten sich auf mannigfache industrielle Erzeugnisse verteilen. In dem stark passiven Handelsverkehr der Bundesrepublik mit Saudi-Arabien steht die Einfuhr an Erdöl im Mittelpunkt. Das gleiche Bild einer stark passiven Handelsbilanz ergibt sich im Handelsverkehr mit Irak, wo auch Erdöl den dominierenden Posten der deutschen Einfuhren darstellt. Nach Jordanien konnte die Bundesrepublik Eisenwaren und Maschinen absetzen, während Importe aus Jordanien nicht getätigt wurden. Im Handelsverkehr mit dem Libanon konnten die deutschen Ausfuhren fühlbar gesteigert werden, besonders durch den Absatz von Halbwaren, während die Einfuhren noch hinter dem Ergebnis des Jahres 1951 zurückbleiben. Syrien, das als Lieferant von Getreide und Baumwolle am Handel mit der Bundesrepublik beteiligt ist, ist vor allem Abnehmer von industriellen Erzeugnissen verschiedener Art und rangiert als Käufer deutscher Waren

unter den arabischen Ländern an zweiter Stelle.

Hierzu bemerkt die „Frankfurter Allgemeine“:

„Aus der Übersicht geht dreierlei hervor: erstens, daß Westdeutschland insgesamt von dort bedeutend mehr ein- als dorthin ausführt; zweitens, daß sich andererseits für uns, wenn die Rohöltransporte — weil sie auf Rechnung fremder Konzessionsinhaber gehen — eliminiert werden, ein, wenn auch nur kleiner, Ausfuhrüberschuß ergibt; drittens, daß sich eine deutliche Tendenz zu einer Belebung des Handelsverkehrs zeigt.“

NRW ergreift die Initiative

SPD gegen Verbesserung der Besoldung?

Am vergangenen Wochenende beschloß der Haushalts- und Finanzausschuß des nordrhein-westfälischen Landtages im Vorgriff auf die Verbesserung der Bezüge einer Sonderregelung für die Gehälter der Landesbeamten zuzustimmen. Sie soll darin bestehen, daß bereits

ab 1. Dezember den Landesbeamten eine Unterstützung von 7 Prozent als Aufschlag auf ihr bisheriges Gehalt, einschließlich der bereits erfolgten 20prozentigen Erhöhung auf das Grundgehalt, gewährt wird. Die Regelung gilt auch für Versorgungsberechtigte.

Ein Über-Ramcke?

Mit Pauken, Fanfaren und Uniformen hat in Augsburg Herr Hausleiter, der die Parteien und den Staat von Grund auf reformieren will, ein Wahlkampfprogramm entwickelt, das mit den lahmen Verhandlungen und Beratungen Schluß machen will und eine Nationalarmee verlangt. Der Westen muß, so fordert Herr Hausleiter, einen Friedensplan für Deutschland und Europa geben. Der Weg der langsamen und schrittweisen Herauslösung unseres Vaterlandes aus den Folgen des verlorenen Krieges und die Vorbereitung einer europäischen Gemeinschaft innerhalb der freien westlichen Welt, wie sie die Politik der Bundesregierung und die Methodik des Bundeskanzlers verfolgt, genügt dem neuen und, nach seiner Überzeugung, geläuterten Nachfolger eines „großen“ Führers nicht. Er will auch nicht daran denken, wenn er es zu danken hat, daß er heute mit Pauken und Trompeten Ramckes Ramckereien überammeln kann. Es gibt aber viele Deutsche — und sie verkörpern die Anschauungen der überwiegenden Mehrzahl des deutschen Volkes — die sich fragen: Wie ist so etwas möglich? Und wie kann so etwas geschehen, nachdem eben erst das Bundesverfassungsgericht dem politischen Unfug der SRP ein Ende gemacht hat?!

Erfreulich ist es, daß der ehemalige Luftwaffengeneral Adolf Galland, dem man gewiß keine „Linkstendenzen“ nachsagen kann und den manche Rechtsaußenseiter gern für sich in Anspruch genommen hätten, sich gegen derartige Demonstrationen mit „zweifelhaften politischen Tendenzen“ gewandt hat. Er sieht mit Recht darin Gefahren für die Konsolidierung der Bundesrepublik in der Gemeinschaft der demokratischen Völker.

Die CDU-Regierung und die CDU des Landes Nordrhein-Westfalen sind bereits seit langem bemüht, durch eigene Initiative der dringend erforderlichen Regelung auf Bundesebene den Anstoß zu geben. Eine nur in einem oder mehreren Ländern beschlossene Besoldungsreform kann nämlich endgültig erst in Kraft treten, wenn auf Bundesebene eine gleiche Regelung erfolgt. Bundesgesetzliche Sperrvorschriften sollen hier eine Verwirrung der Gesamtsituation verhindern.

Die größte Aktivität in der Frage der Aufbesserung der Beamtengehälter hat in Nordrhein-Westfalen wie im Bund die CDU entwickelt. Unklar, allerdings, ist nach wie vor die Haltung der SPD. Wie will sie z.B. erklären, warum sie bei der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses in Düsseldorf um jeden Preis eine Weiterberatung des Besoldungsgesetzes ablehnte, das in erster Lesung vom Landtag verabschiedet ist und nun in den Ausschüssen auf die zweite und dritte Lesung vorbereitet werden soll? Verschließt sich die SPD der Einsicht, daß die Verbesserung der Beamtengehälter notwendig ist? Kaum! Wohl aber liegt der Verdacht nahe, daß die SPD, wie so oft wiederum einmal fürchtet, durch tatkräftige Arbeit der CDU entgegen ihr eine weitere Propagandachance gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik ihrer parteipolitischen Gegner. Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Meyers hat am Sonntag in Münster bereits die Stellung der Landesregierung zu dieser Angelegenheit gekennzeichnet, als er erklärte, er sei nicht gewillt, die Beamtensoldungsreform zurückzustellen.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 - Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102 Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn